

„Zusammen wachsen! – Unterstützung integrierter kommunaler Strategien für ein gesundes Aufwachsen“

Satellitenveranstaltung zum Kongress Armut und Gesundheit

Mittwoch, den 12. März 2014, 11.00 Uhr bis 17.30 Uhr, Technische Universität Berlin

Kurzdokumentation

Prof. Elisabeth Pott, Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)

- „Wir müssen vor Ort die Konzepte umsetzen, zusammen mit kompetenten und engagierten Multiplikator/innen und über die Grenzen der Professionen hinweg.“
- Familien und Kinder müssten von Anfang an unterstützt werden und immer wieder neue Chancen erhalten, um die wesentlichen Voraussetzungen für Gesundheit zu schaffen.
- Es gebe bereits viele gute Beispiele, an denen die Praxis sich orientieren könne, Veranstaltungen wie die Satellitentagung förderten den notwendigen Austausch und die Vernetzung.

Ingrid Fischbach, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Gesundheit

- Die Förderung der Kindergesundheit ist ein wichtiges Anliegen des BMG.
- Der Kinder- und Jugendgesundheitsurvey (KiGGS) sei ein wichtiger Meilenstein für die Datenbasierung aller Aktivitäten und habe gezeigt, dass es notwendig sei, Kinder und ihre Familien frühzeitig zu unterstützen.
- Bei der Gesundheitsförderung und Prävention sollten Lebenswelten stärker in den Blick kommen, insbesondere Kita und Schule.
- Besonders wichtig sei eine gute Vernetzung und Verzahnung bestehender Angebote, um keine Doppelstrukturen zu schaffen.
- Bei der Umsetzung müssten die Möglichkeiten von Bund, Ländern und Kommunen berücksichtigt werden, ein besonderer Fokus der Aktivitäten müsse auf den gesundheitlichen Belastungen liegen, die aus der sozialen Lage resultieren.

Cornelia Prüfer-Storcks, Hamburger Senatorin für Gesundheit und Verbraucherschutz

- Kommunale Präventionsstrategien stießen ohne einen gesetzlichen Rahmen an ihre Grenzen. Die in den Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene beschlossenen Eckpunkte seien positiv zu bewerten, müssten aber auch finanziell untersetzt werden.
- Notwendig sei eine gesetzliche Verpflichtung nicht nur der Krankenkassen, sondern aller Sozialversicherungen, denn diese profitierten alle von erfolgreicher Prävention.

- Wenn die Präventionsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung auf bis zu 10 Euro pro Versichertem erweitert werden, müssten andere Sozialversicherungen nachziehen und Rahmenvereinbarungen für ein abgestimmtes Vorgehen sichern.
- Qualitätsentwicklung habe dabei einen hohen Stellenwert; hier lägen vor allem die Kompetenzen der BZgA.
- Besonders wichtig seien Angebote für erwerbslose Menschen, die über die Ansprache in Lebenswelten schwer erreichbar seien.

Franz Gigout, Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft für Gesundheitsförderung Saarland

- Die Landesvereinigungen für Gesundheitsförderung unterstützen die am Partnerprozess beteiligten Gemeinden, dabei sind die Kriterien guter Praxis (Good Practice) ein wichtiges Handwerkszeug.
- Das Präventionsgesetz soll helfen, verlässliche Strukturen zu schaffen, die längerfristige Arbeitsperspektiven möglich machen.
- Als positives Beispiel aus einem anderen Ressort führt er die Vernetzungsstellen Schulverpflegung an, die nach fünf Jahren Projektzeitlaufzeit um drei Jahre verlängert werden und dann in die Finanzierung durch die Länder übernommen werden sollen.

Anne Janz, Dezernentin für Jugend, Schule, Frauen und Gesundheit der Stadt Kassel, Vorsitzende des Fachausschusses Gesundheit des Deutschen Städtetages

- Das Präventionsgesetz kann Rahmenbedingungen schaffen und die zentrale Rolle des Öffentlichen Gesundheitsdienstes stärken. Dieser kann den Aufbau von Präventionsketten koordinieren.
- Sie verweist auf die gemeinsame Empfehlung von gesetzlichen Krankenkassen und kommunalen Spitzenverbänden: Die Erstellung sei nicht immer einfach gewesen, nun sei aber der Boden für die weitere Zusammenarbeit bereitet.

Prof. Klaus Jacobs, Geschäftsführer des Wissenschaftlichen Instituts der AOK

- Er sieht das anstehende Präventionsgesetz als die Möglichkeit eines gemeinsamen Aufbruchs, indem die Perspektive auf die vielfältigen Präventionsträger geschärft werden.
- Jacobs wünscht die für die gesundheitsförderlichen Aktivitäten der GKV realisierte Transparenz auch für die Aktivitäten mit öffentlichen Mitteln.
- Er betont, wenn die GKV-Ausgaben für Gesundheitsförderung und Prävention erweitert würden, müssten auch die anderen Akteure mitziehen.

Aus der Abschlussdiskussion:

Das Anliegen des kommunalen Partnerprozesses ist auf der Verwaltungs- und Akteurs-Ebene gut angekommen und das Bemühen um Qualitätsentwicklung und das damit verbundene Bewusstsein dafür, wie wir es gut machen können, ist häufiger zu erkennen. Allerdings gibt es nicht nur diesen positiven Trend, sondern es bleiben auch alte Herausforderungen: *"Es gibt schöne Modellprojekte und Initiativen, aber wir wissen noch immer nicht, wie wir diese langfristig absichern können."* Wünschenswert sei selbstverständlich die Verankerung der Kommune als Setting im Gesetz. Als erfolgreiches Beispiel wird der GKV-Leitfaden herangezogen, in dem der Setting-Ansatz bereits verankert wurde. (**Gesine Bär**, Alice Salomon Hochschule Berlin)

Die Vereinbarung zur Zusammenarbeit zwischen GKV und kommunalen Spitzenverbänden existiert seit Mai 2013. Es wurden bereits Vereinbarungen mit den Kommunen abgeschlossen, *"weil wir sehen, dass Gesundheitsförderung und Prävention in den Ländern und in den Kommunen stattfinden muss, weil dort sehr unterschiedliche Bedarfe sind"*. Präventionsziele müssten sich an den Bedingungen und Bedarfen vor Ort orientieren und mit den Partnern gemeinsam vereinbart werden. Die Gesundheitsberichterstattung bietet dafür eine gute Orientierung (Beispiel Berliner Sozialstrukturatlas). (**Monika Schneider**, AOK-Bundesverband)

Insgesamt setzten die Vertreterinnen und Vertreter von Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene mit ihren Beiträgen auf dieser Fachtagung ein deutliches Signal: Wir wollen die gesundheitlichen Chancen von Kindern und Jugendlichen und das damit verbundene integrierte kommunale Vorgehen gemeinsam unterstützen.

Die gesamte Dokumentation der Veranstaltung steht online unter: www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/satellit-armut-gesundheit/satellit2014, ein zusammenfassender Artikel: www.gesundheitliche-chancengleichheit.de/zusammen-wachsen